

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

Die jüngste Steuerschätzung wird das Aufstellungsverfahren zum Bundeshaushalt nicht leichter machen. Die Zahlen und aktuellen Wirtschaftsprognosen belegen den Handlungsdruck. Bis zum Sommer erwarten wir vom Bundesfinanzminister einen Haushaltsentwurf, der die Wirtschaft weiter ankurbelt, die Zeitenwende umsetzt und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land garantiert. Es liegt ein langer Weg vor uns. Aber Haushaltspolitik ist ein Marathon und kein Sprint. Ziel muss es sein, unsere Demokratie wehrhaft, sozialgerecht und gut gewappnet gegen innere und äußere Feinde aufzustellen.

Europäische Planungsprozesse und Perspektiven im Blick

Mit Tiemo Wölken im Wahlkreis unterwegs

Die aktuellen Herausforderungen der Landwirtschaft, die Besonderheit genossenschaftlicher Organisationen sowie nachhaltige Standards und Bürokratieabbau waren zentrale Themen beim Austausch mit der Molkerei Ammerland, dem landwirtschaftlichen Betrieb Hof Specht sowie auf der Abendveranstaltung „75 Minuten Klartext“. Überall mit dabei: der Landtagsabgeordnete Björn Meyer und der Europaabgeordnete Tiemo Wölken. Gemeinsam konnten wir die diskutierten Themen aus landes-, bundes- und europapolitischer Perspektive beleuchten. Bei der Molkerei Ammerland lag ein Fokus auf der genossenschaftlichen Organisation der Molkerei, die bei uns zwar verbreitet und geschätzt, im restlichen Europa jedoch eher unpopulär ist. Gerade

für die hiesigen milchliefernden Betriebe ist es wichtig, dass diese Organisationsform in der europäischen Dimensionen berücksichtigt und bei neuen Gesetzesformen einbezogen wird. Das vieldiskutierte Thema Bürokratieabbau wurde nicht nur beim Molkereibesuch, sondern auch beim Folgetermin auf dem Hof Specht sowie bei „75 Minuten Klartext“ thematisiert. Unser Ziel ist klar: Wir wollen auf allen politischen Ebenen Prozesse einfacher machen – dafür brauchen wir gemeinsame Lösungen und verlässliche Rahmenbedingungen. Gerade im landwirtschaftlichen Wettbewerb müssen europaweit gerechte Bedingungen gelten und Veränderungen fair gestaltet werden. Auch darum geht es bei der Europawahl am Sonntag, den 9. Juni.

Gleiches gilt für Europa. Es gibt kein Entweder-oder. Der Umbau der Wirtschaft ist genauso notwendig wie Klimaschutz und sichere Arbeitsplätze. Wir müssen Europa fortschrittlich gestalten, damit es gerecht zugeht und Sicherheit in allen Lebensbereichen garantiert wird: Gerade in Zeiten, in denen Europa durch Nationalistinnen und Nationalisten, Rechtspopulistinnen und -populisten bedroht wird, Russland auf europäischem Boden einen Angriffskrieg führt, die Klimakrise, die soziale und wirtschaftliche Schieflage spürbarer wird. Für ein starkes Europa braucht es am 9. Juni eine Richtungsentscheidung – und eure Stimme!

Everedis

Einfacher, schneller, unbürokratischer

Wir treiben den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran

Damit Deutschland die Klimaziele für 2045 erreicht, muss der Stromsektor bereits 2035 weitgehend klimaneutral sein. Deshalb haben wir das Solarpaket I beschlossen. Es sorgt dafür, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich beschleunigt und für alle vereinfacht wird.

Neu führen wir die **Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung** ein. Das bedeutet, dass alle Mieterinnen und Mieter in Mehrfamilienhäusern mit Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) den dort erzeugten Strom nutzen können. Weil so nur wenig Netzstrom gebraucht wird, können viele Kosten wie etwa Netzgebühren entfallen. Bereits seit 2017 gibt es das **Mieterstrommodell**. Dies ermöglicht, dass der Strom, der im betreffenden

Mehrfamilienhaus erzeugt wird, an die Mieterinnen und Mieter weiterverkauft werden darf. Wir öffnen das Modell für gewerbliche Stromverbraucher und reduzieren die nötige Bürokratie. Zusätzlich entfällt bei sogenannten **Balkon-Solaranlagen** die Pflicht, die Anlage beim Netzbetreiber anzumelden. Es ist zwar weiterhin nötig, die Anlage im Marktstammdatenregister zu melden, der Prozess wird allerdings deutlich vereinfacht. Für die Installation von PV-Anlagen auf dem Dach werden Genehmigung und Installation ebenfalls unkomplizierter und schneller.

Auch im gewerblichen Bereich besorgen wir nach: Wir erhöhen die Förderung für Gewerbedachsegmente und ermöglichen, dass defekte Mo-

dule bei PV-Anlagen ausgetauscht werden können (= **Repowering**), ohne Förderung zu verlieren. Freiflächenanlagen waren bisher oft nicht naturverträglich. Zukünftig gibt es einen einheitlichen **ökologischen Mindeststandard**, der fünf ökologische Mindestanforderungen enthält. Drei Anforderungen davon, z. B. die Durchgängigkeit für Tiere, müssen erfüllt werden. Das Solarpaket enthält zusätzlich Verbesserungen für weitere Erneuerbare Energien wie Windkraft und Stromspeicher.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist vor allem davon abhängig, wie einfach es für uns alle ist, daran teilzuhaben. Mit dem Solarpaket machen wir einen wichtigen Schritt in diese richtige Richtung.

HINTER DEN KULISSEN Demokratie feiern: 75 Jahre Grundgesetz

Basis der Demokratie und Fundament des Zusammenlebens

Am 23. Mai ist das Grundgesetz 75 Jahre alt geworden. Dieses besondere Jubiläum wurde vielerorts groß gefeiert. In Berlin fand anlässlich des runden Jahrestags ein Demokratiefest rund um das Kanzleramt und den Deutschen Bundestag statt.

Was regelt das Grundgesetz? Das Grundgesetz ist unsere Verfassung und bildet seit 1949 die Grundlage unseres freien und demokratischen Rechtsstaates. Angeführt von Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ hat sich das Grundgesetz als

stabile Basis für unsere Demokratie erwiesen und bildet deswegen auch 75 Jahre später noch immer das Fundament für unser Zusammenleben in Deutschland. Beschlossen wurde es übrigens von den 65 stimmberechtigten Mitgliedern des Parlamentarischen Rates.

Grundgesetz oder Verfassung?

Das Grundgesetz war aufgrund der deutschen Teilung nicht als andauernde Verfassung geplant. Da es vorerst nur für Westdeutschland galt, wurde der Begriff Verfassung vermie-

den. Seit 1990 ist das Grundgesetz die gesamtdeutsche Verfassung.

Kann das Grundgesetz geändert werden? Für Änderungen im Grundgesetz bedarf es einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat. Artikel 1 und Artikel 20 sind allerdings nicht veränderbar.

Wieviel Artikel hat das Grundgesetz? Das Grundgesetz ist anders als die meisten deutschen Gesetze nicht in Paragraphen, sondern in Artikel gegliedert – und zwar in mehr als 200.



Foto: rochus / pixelio.de



3. Mai – Windenergieforschung in Oldenburg: Gemeinsamer Austausch bei ForWind mit Hanna Naber MdL und Tiemo Wölken MdEP (2.v.r.).



3. Mai – Markteröffnung mit Bonbonregen auf dem Westersteder Frühjahrsmarkt. Fahrgeschäfte, Attraktionen und Leckereien lockten viele Besucher an.



3. Mai – Zu Gast auf dem Hof Specht vor den Toren Westerstedes. Mehr über den Hof, das Thema Tierwohl und Biosiegel lest ihr auf Seite 4 oben.



3. Mai – Zum Gespräch bei der Molkerei Ammerland. Hauptthemen sind der Genossenschaftsgedanke sowie das Streben nach dem höchsten Milchpreis.



3. Mai – Bei „75 Minuten Klartext“ im Autohaus Wolkenhauer in Westerstede standen Tiemo Wölken (2.v.l.), Björn Meyer (l.) und ich Rede und Antwort.



21. Mai – Beim Yezidisches Forum Oldenburg war ich mit Johann Saathoff MdB (l.) zu Gast. Mehr zu dem Austausch lest ihr auf Seite 4 unten.



22. Mai – Mit den Verantwortlichen des Bauzentrums Westerstede habe ich mich über die soziale und wirtschaftliche Lage in der Bauwirtschaft ausgetauscht.



24. Mai – Zurück an meiner alten Schule, dem Neuen Gymnasium Oldenburg: Mit dem 11. Jahrgang durfte ich über aktuelle Politik diskutieren.



Hof Specht setzt im Umgang mit Tieren eigene Maßstäbe

Über Potenzial und bürokratische Hürden

Mit französischen Limousin-Rindern, Ammerländer Edelschweinen und einer eigenen Biogasanlage führt Landwirt Renke Specht seinen Hof im Ammerland. Regionale Schlachtung und Vermarktung, der Verzicht auf Antibiotika und viel Weidezeit für seine Tiere sind für ihn selbstverständlich. Gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Tiemo Wölken und dem Landtagsabgeordneten Björn Meyer habe ich den Hof besucht und mich über Konzept und Gestaltung des Betriebes sowie Entwicklungspotenzial informiert. Seit 130 Jahren ist der Hof im Westersteder Ortsteil Hollwege in Familienbesitz. Geschlachtet

und vermarktet wird nur regional, das Tierwohl steht für den Züchter an oberster Stelle. Dafür verzichtet er sogar komplett auf Antibiotika. Die höchste Haltungsform oder eines der begehrten Bio-Siegel tragen seine Produkte dennoch nicht. Und das obwohl sein Hof besser abschneidet als vorgesehen. Das Problem: Eine Bio-Zertifizierung würde seine Produkte unverhältnismäßig verteuern. Die kleinen regionalen Höfe sieht er benachteiligt, da sie die gleichen bürokratischen Hürden nehmen müssen wie Großbetriebe. Gerade im Bereich Entbürokratisierung gibt es deutliches Entwicklungspotenzial.



Täglich erhalte ich E-Mails, Briefe und Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern. Im persönlichen Dialog lassen sich Fragen und Anregungen, aber auch Bedenken und Kritik besser klären. Regelmäßige Sprechstunden sind für mich wichtig, um eure Stimmung wahrzunehmen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Die nächsten Bürgersprechstunden finden voraussichtlich statt am

- Mittwoch, 19. Juni ab 16.30 Uhr
- Dienstag, 30. Juli ab 9 Uhr
- Donnerstag, 29. August, 16 Uhr

Anmelden könnt ihr euch telefonisch unter 0441 99867601 oder per E-Mail an dennis.rohde@bundestag.de.

Yezidisches Forum: Johann Saathoff in Oldenburg

Über Migration und das Grundgesetz

Gemeinsam mit Johann Saathoff, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, habe ich kürzlich das Yezidische Forum e.V. Oldenburg besucht. Das Forum steht seit Jahren für Integration und Teilhabe und leistet als Stimme für die yezidische Gemeinschaft in Oldenburg wichtige Arbeit. Mit den Vertreterinnen und Vertretern des Forums, des Landesverbands der Êzîden in Niedersachsen und der Yezidischen Jugend Oldenburg sprachen wir über Herausforderungen im Bereich der

Flucht und Migration, die schwierige Situation im Irak und diskutierten aus Anlass des 75-jährigen Bestehens unseres Grundgesetzes über Demokratie, Grundrechte und Teilhabe. Wir waren uns einig, dass insbesondere die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes eine große Errungenschaft für uns darstellen. Ich danke dem Yezidischen Forum für das konstruktive Gespräch, aus dem ich wieder Wichtiges für meine politische Arbeit mitnehme und bin stolz über die gute, enge und ehrliche Zusammenarbeit!

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

www.dennisrohde.de
facebook.com/dennis.rohde
instagram.com/dennis_rohde